

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 09.09.2004

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 2.059

Anwesenheit

Vorsitzende

Sembritzki, Erika PDS

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna PDS
Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU
Lüdtke, Hannelore SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian CDU
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Haker, Gerlinde SPD
Holz, Axel Dr. PDS
Leppin, Patricia Unabhängige
Bürger
Schulz, Andreas PDS

Verwaltung

Jäger, Stefan
Köppinger, Annette
Schulz, Günter

Gäste

Marksteiner, Klaus CDU

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der Sitzung vom 18.08.2004 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1. Bericht der Verwaltung zur Umsetzung von Hartz IV
4. Verständigung zur Arbeitsweise und Arbeitsvorhaben des Ausschusses
5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, Gäste sowie Vertreter der Verwaltung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der Sitzung vom 18.08.2004 (öffentlicher Teil)
Das Protokoll der konstituierenden Sitzung am 18. 8. 2004, dessen Zustellung ordnungsgemäß erfolgte, wird ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung
zu 3.1 Bericht der Verwaltung zur Umsetzung von Hartz IV
Frau Sembritzki erteilt Herrn Jäger das Wort, der als Vertreter der Verwaltung an der Sitzung teilnimmt.

Herr Jäger informiert, dass sich die Verwaltung schon frühzeitig zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit der Agentur für Arbeit entschlossen hat. Derzeit wird davon ausgegangen, dass ab Januar 2005 ca. 6.200 Bedarfsgemeinschaften in Arbeitsgemeinschaft betreut werden. Der Rücklauf der Antragsunterlagen wird von der Arbeitsagentur als eher

schleppend eingeschätzt. Die von der Landeshauptstadt Schwerin eingerichteten Anlaufstellen werden dagegen von den Anspruchsberechtigten gut angenommen. Hier wurden bereits etwa 30 % der Anträge abgegeben.

In der Arbeitsgemeinschaft werden voraussichtlich 100 Mitarbeiter beschäftigt sein, davon 54 Bediente der Stadt. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist die Trennung zwischen aktivem und passivem Leistungsbereich vorgesehen.

Herr Prof. Dr. Dr. Klammt nimmt Bezug auf die Aussage der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 22. 4. 2004, in der von einer zusätzlichen Belastung des städtischen Haushalts in Höhe von mehr als 10 Mio. € ausgegangen wurde und fragt nach dem aktuellen Sachstand. Herr Jäger legt dar, dass sich der Bund gemäß § 7 Ausführungsgesetz zum SGB II mit 29,1 % an den Kosten der Unterkunft beteiligen wird, was einer Entlastung von ca. 7 Mio. € entspricht. Hinzu kommt die Entlastung, die durch den Wegfall der an den Personenkreis der ALG II-Empfänger nicht mehr zu zahlenden Sozialhilfe resultiert.

Auf die Frage von Herrn Woywode nach der bleibenden Belastung für die Stadt kann von Herrn Jäger noch keine abschließende Antwort gegeben werden, da diese voraussichtlich erst im Januar ermittelt werden kann.

Herrn Riedel interessiert der Status der in den Anlaufstellen der Landeshauptstadt Schwerin eingesetzten Mitarbeiter. Herr Jäger erläutert, dass es sich zum einen um drei Schweriner Bürger handelt, die über das Programm AfL (Arbeit für Langzeitarbeitslose) eingesetzt wurden. Darüber hinaus werden die Anträge im Sekretariat des Amtes für Soziales und Wohnen entgegengenommen.

Herr Schulz merkt an, dass der 16-seitige Antrag als datenschutzrechtlich bedenklich gilt und eine Überarbeitung angekündigt wurde. Er bittet um Auskunft, wie in diesem Fall mit den bereits eingegangenen Anträgen umgegangen wird. Herr Jäger berichtet von den bereits gesammelten Erfahrungen in den Anlaufstellen der Stadtverwaltung, wonach die Anträge vom Personenkreis der Sozialhilfeempfänger ohne größere Bedenken ausgefüllt werden. Ziel der Stadt ist es, die Leistung ab 1. 1. 2005 für die Berechtigten bereitzustellen.

Herr Prof. Dr. Dr. Klammt bittet die Verwaltung, den Ausschuss für Soziales und Wohnen bei der Festlegung zur Angemessenheit der Wohnungsgröße einzubeziehen.

Frau Leppin erkundigt sich nach den Arbeitsmöglichkeiten für die ALG II-Bezieher. Herr Jäger macht deutlich, dass dieses Aufgabenfeld für die Stadt nicht neu ist und Gespräche mit der Arbeitsagentur und verschiedenen Trägern geführt werden. Herr Dr. Holz befürchtet den Wegfall regulärer Arbeitsplätze durch die "1 bis 2 €-Jobs". Herr Jäger teilt diese Befürchtung nicht, da es sich um gemeinwohlorientierte Arbeit handelt, die dazu genutzt werden soll, Hilfeempfänger dem 1. Arbeitsmarkt nahe zu bringen. Auf dem Gebiet sind bereits gute Erfahrungen, z. B. in der Zusammenarbeit mit der Zukunftswerkstatt, vorzuweisen.

Frau Sembritzki erachtet als notwendig, die Umsetzung des SGB II als Hauptakzent der Arbeit des Ausschusses für Soziales und Wohnen in der nächsten Zeit zu betrachten. Zu diesem Zweck wird ein ständiger Tagesordnungspunkt eingerichtet.

Sie bittet die Verwaltung, folgende Eckdaten schriftlich zu fixieren, um diese als Arbeitsgrundlage nutzen zu können:

- Konzept der Landeshauptstadt Schwerin - Terminsetzungen
- Aufbau/personelle Zusammensetzung der ARGE
- Ansprechpartner der ARGE
- Standorte – Büros der ARGE (Anschriften)
- Zusammensetzung der Antragsberechtigten (Alter/Geschlecht)
- Stand der Bearbeitung
- Probleme der Antragsberechtigten, die während der Beratung ersichtlich werden
- grundlegende Aussagen des Gesetzes als Handakte für die Stadtvertreter

Herr Jäger weist vorsorglich darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle gewünschten Daten vorgelegt werden können, da beispielsweise die Frage der Unterbringung der ARGE nicht abschließend geklärt ist.

Frau Sembritzki sichert die Bereitstellung des Landesausführungsgesetzes zu.

Die Stadtvertreter werden sich in der Sitzung am 20. 9. 2004 ebenfalls mit der Thematik beschäftigen. Frau Haker verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines begleitenden Ausschusses zur Umsetzung des SGB II. Ihrer Meinung nach existiert mit dem Ausschuss für Soziales und Wohnen ein Gremium, das diese Aufgabe wahrnehmen kann.

Frau Sembritzki schlägt vor, die StV am 20. 9. 2004 in diesem Sinne zu informieren.

Der Vorschlag wird von den Mitgliedern einstimmig angenommen.

Herr Prof. Dr. Dr. Klammt sieht es auch als erforderlich an, sich mit den Argumenten der Gegner von Hartz IV auseinanderzusetzen. Frau Sembritzki greift den Vorschlag auf und wird versuchen, zur nächsten Sitzung Vertreter der Gewerkschaft einzuladen, um deren Motive in Erfahrung zu bringen.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorhaben zu.

zu 4 Verständigung zur Arbeitsweise und Arbeitsvorhaben des Ausschusses Geschäftsordnung

Um die Zusammenarbeit des Ausschusses für Soziales und Wohnen so effektiv wie möglich zu gestalten, schlägt Frau Sembritzki die Erarbeitung einer Geschäftsordnung vor.

Frau Berend wird gebeten, zunächst den Sachstand der sich in Überarbeitung befindlichen Geschäftsordnung der Stadtvertretung in Erfahrung zu bringen.

Bereitstellung der Sitzungsunterlagen

Nach längerer Diskussion wird sich darauf verständigt, die Sitzungsunterlagen nicht allen stellvertretenden Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, sondern nur bei bekundetem Interesse. Das wird von Frau Haker, Frau Leppin, Herrn Dr. Holz und Herrn Schulz angezeigt. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, diesen vier stellvertretenden Mitgliedern ebenfalls die gesamten Sitzungsunterlagen bereitzustellen. Darüber hinaus soll Herr Karsten Jagau – sachkundiger Bürger (PDS) die Sitzungsunterlagen erhalten.

Ansonsten bleibt der allgemeine Verfahrensweg beibehalten.

Arbeitsvorhaben

Als Schwerpunkte neben der Umsetzung des SGB II werden genannt:

- BSHG-Neuordnungsgesetz: Der Ausschuss erwartet die halbjährliche Berichterstattung der Verwaltung, vor allem mit Blick auf die evtl. zu erwartende Belastung des städtischen Haushalts.
- Umsetzung SGB XII
- Umsetzung KiföG: Für den Ausschuss von Interesse sind vor allem die Auswirkungen des Platzanspruches auf einen Krippen- bzw. Hortplatz in Zusammenhang mit dem SGB II.
- Behindertenfahrdienst: In diesem Zusammenhang wird die von der Verwaltung zugesagte vierteljährliche Berichterstattung eingefordert.
- Soziale Stadt: Der Ausschuss wird sich über die Wohnprogramme der SWG und WGS informieren lassen.
- Stadtteilarbeit
- Offene Altenarbeit
- Situation der Obdachlosen
- Arbeit der Ausländerbeauftragten

Die Terminisierung der einzelnen Themen erfolgt bei Vorlage des Protokolls.

zu 5 Sonstiges

- Frau Sembritzki weist auf das Vorliegen diverser Schreiben hin, die die Nutzung des Behindertenfahrdienstes zum Inhalt haben und kündigt an, sich in der nächsten Sitzung näher mit der Problematik befassen zu wollen. Frau Lüdtke verweist auf den Beschluss zum Behindertenfahrdienst und appelliert an die Enthaltung.
Frau Sembritzki schlägt daraufhin vor, zunächst ein Gespräch mit dem Leiter des Amtes für Soziales zu führen und den Ausschuss über das Ergebnis zu informieren.
- Der Brief der AG "Offene Altenarbeit" wird von Frau Sembritzki zum Anlass genommen, ihr Unverständnis über Proteste einzelner sozialer Bereiche in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Sie appelliert an die gemeinsame Verantwortung für die Stadt.
- Allen Mitgliedern wird die Teilnahme an den Veranstaltungen empfohlen, die im Rahmen der "Bundesweiten Woche des bürgerlichen Engagements" in der Zeit vom 29. 9. – 1. 10. 2004 stattfinden.

gez. Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführer

